

Arbeit stärken durch Niedrigstlöhne?

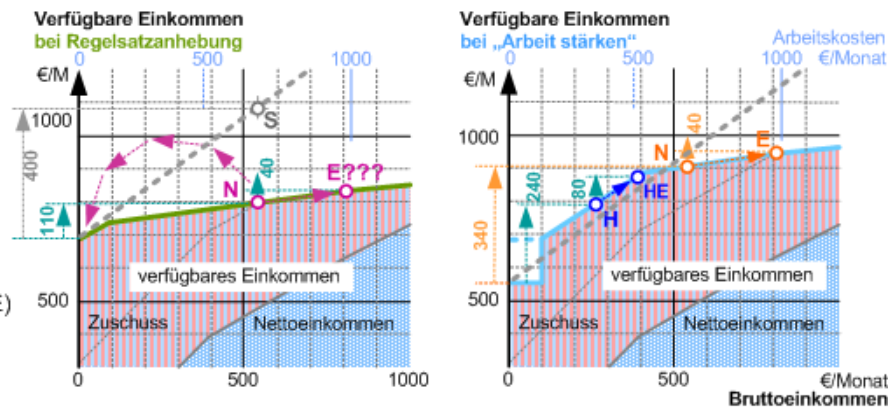
Wenn schon gering bezahlte Arbeit lohnt, muss man da nicht fürchten, dass weitere Unternehmen versuchen, sehr niedrige Löhne zu zahlen und so von den Transferzahlungen des Staates profitieren? Ohne genauere Betrachtung ist das nicht von der Hand zu weisen. Abbildung 15a zeigt, was heute geschieht:

Die Jobzentren schicken Hilfebedürftige z.B. zu einem Logistikunternehmen, das bei 3,5 Euro Stundenlohn Pakete bei einer 36-Stundenwoche, monatlich also für 540 Euro (N), sortieren lässt. Sie müssen die Arbeit annehmen, weil sie keine bessere Alternative haben und das Arbeitslosengeld sonst gekürzt würde. Nach Abzug der Werbekosten bleiben ihnen u.U. 110 Euro Zugewinn im Monat (grüner Pfeil). Selbst wenn man ihnen 5,0 statt 3,5 Euro zahlte (roter Pfeil zu E), hätten sie nur 40 Euro mehr. Weil sie mit Schwarzarbeit (S) viel mehr verdienen können oder die Arbeit als zu belastend empfinden, suchen viele von ihnen statt Qualifizierungswege, den Arbeitsplatz ohne Kürzung des Arbeitslosengeldanspruchs wieder aufgeben zu können (Bogen roter Pfeile) oder wechseln zu Schwarzarbeit. Die Firma holt sich neue Mitarbeiter vom Jobzentrum. Bei einfachen Arbeiten und bei diesem Preis ist das für sie durchaus rentabel.

Abb. 15a/b

Druck auf Niedrigstlöhne

- Vollzeitjob mit
- Niedrigstlohn (N)
- ▶ Entwicklungsmöglichkeit (E)
- Halbtagsjob (H)
- Halbtagsentwicklung (HE)
- - - Schwarzarbeit (S)



Bei „Arbeit stärken“, Abbildung 15b, fordern die Jobzentren Hilfesuchende nach wie vor zur Arbeitsaufnahme auf. Für diesen gleichen 560-Euro-Job ändern sich aber zwei Dinge:

1. Mit Annahme der Arbeit gewinnen sie netto 340 (oranjer Pfeil) statt 110 Euro.
2. Schwarzarbeit (S) ist kaum noch eine attraktive Alternative (grau punktierte / blaue Linie).

Es gibt also keinen Grund mehr für diese Mitarbeiter, nach Anlässen zur Arbeitsaufnahme zu suchen. Sind sie leistungsfähig, ist allerdings gut denkbar, dass sie anderswo das gleiche Geld mit weniger Stunden verdienen können. Will der Arbeitgeber ihnen entgegenkommen und den Lohn erhöhen (oranjer Pfeil zu E), geschähe allerdings das Gleiche wie schon immer unter ALG II: Er würde viel Geld ausgeben (blaue Skala oben); der Nettogewinn von 40 Euro wäre den Arbeitnehmern dennoch zu gering. Um sie zu halten, hat das Unternehmen nur eine Chance:

Es teilt die Arbeit in zwei Jobs je 18 Stunden mit 270 Euro brutto (H). Die Mitarbeiter kommen dann sogar möglicherweise ohne Druck des Jobzentrums. Bei einem Stundenlohn von nach wie vor 3,5 Euro gewinnen sie mit einer Halbtagsstelle schon 240 Euro. Der Markt bietet aber andere Arbeitsmöglichkeiten mit höheren Stundensätzen. Setzen die Arbeitnehmer nun 5,0 Euro statt 3,5 Euro je Stunde durch (HE), bekommen also brutto 115 Euro zusätzlich, behalten sie davon 80 Euro netto. Es macht also Sinn für das Unternehmen, mehr zu zahlen, um die Leute zu halten. Die Löhne steigen, wenn zunächst auch nur in einem engen Bereich.

Wer also wie bisher Hartz-IV-Empfänger unter dem Druck der Jobzentren zu niedrigem Preis einstellt, gewinnt dabei Mitarbeiter, die an dauerhafter Beschäftigung größeres Interesse haben und deren Produktivität damit höher ist als bisher, ein Vorteil für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen.

Entscheiden sich die Unternehmen zur Aufteilung von Vollzeitstellen,

- finden sie wesentlich leichter motivierte Mitarbeiter,
- geraten aber rasch in den Druck steigender Stundenlöhne und
- müssen dabei die Niedrigstlöhne langsam aufgeben.

„Arbeit stärken“ führt also nirgendwo zur Senkung der Löhne vorhandener Arbeitsplätze. Im Gegenteil:

Mit der Entstehung einer Vielzahl neuer kleiner Jobs verknappt sich das Arbeitsangebot und steigen die Arbeitspreise.

Es ist langfristig die einzig realistische Möglichkeit, Löhne zu erhöhen, ohne wieder Arbeitsplätze zu verlieren.

Weiter bei: [„Unterhalt unter Existenzminimum trotz Arbeitsunfähigkeit?“](#)